

<b>Autor:</b>	Hesse, Martin/ Dettmer, Markus	<b>Gattung:</b>	Zeitschrift
<b>Seite:</b>	58 bis 60	<b>Jahrgang:</b>	2018
<b>Ressort:</b>	Wirtschaft	<b>Nummer:</b>	34
<b>Rubrik:</b>	SPIEGEL-Gespräch Wirtschaft	<b>Auflage:</b>	791.414 (gedruckt) 704.656 (verkauft) 713.600 (verbreitet)
<b>Seitentitel:</b>	Wirtschaft	<b>Reichweite:</b>	6,07 (in Mio.)
<b>Kurztitel:</b>	Foodwatch-Gründer Thilo Bode kritisiert im SPIEGEL-Gespräch die Macht der Konzerne und das Versagen der Politik		

## SPIEGEL-Gespräch

# »Täuschen, Betrügen, Lügen«

Thilo Bode prangert die Macht der Konzerne an, die seiner Meinung nach die Politik beherrschen. Er sieht ein Versagen der Demokratie und setzt auf die Gegenwehr der Bürger.

*Bode ist auch mit 71 Jahren noch ein streitlustiger Mann. Er war Geschäftsführer von Greenpeace, 2002 gründete er die Verbraucherorganisation Foodwatch. Der Ökonom aus Eching am Ammersee gilt als Deutschlands bekanntester Aktivist. Wirft man ihm Populismus vor, lächelt er milde.*

**SPIEGEL:** Herr Bode, Sie behaupten in Ihrem neuen Buch, die Politik sei nicht mehr handlungsfähig, die repräsentative Demokratie versage, globale Konzerne hätten die Macht übernommen(\*). Wie kommen Sie zu so einer steilen These?

**Bode:** Ich veranschauliche es am Beispiel des Klimawandels. Vor 30 Jahren haben die Energiekonzerne das Problem erkannt und selbst auf die Gefahren hingewiesen. 1988 gab es eine Anhörung im amerikanischen Senat, der Nasa-Forscher James Hansen konstatierte: Wir haben einen realen Klimawandel. Von da an haben die Öl- und Energiekonzerne den Hebel umgelegt und begonnen, systematisch Zweifel zu säen. Sie haben Forscher gekauft und Studien veröffentlicht, die das Problem zerredet haben. Ohne den Widerstand hätten die Probleme nicht das heutige Ausmaß erreicht. Die Regierungen haben nicht energisch eingegriffen. **SPIEGEL:** Außer Donald Trump leugnet kaum noch jemand den Klimawandel, und die Politik hat längst begonnen umzusteuern, etwa in Deutschland.

**Bode:** Das macht die Sache nicht besser. Mit der Gewissheit, dass der Klimawandel menschengemacht ist, sind die Klimaabkommen schwächer geworden, von Kyoto bis Paris, wo es nur noch freiwillige Vereinbarungen gegeben hat. Der Klimawandel ist akzeptiert, man betreibt nur noch Schadensbegrenzung.

**SPIEGEL:** Liegt das an der Macht der Konzerne oder an der Trägheit der Verbraucher?

**Bode:** Es ist eine Strategie der Konzerne, die Verantwortung abzuschieben. Natürlich tragen auch die Verbraucher Verantwortung. Aber die Politik der Konzerne beruht auf Täuschen, Betrügen und Lügen. Die Energieriesen haben die Öffentlichkeit beim Klimawandel belogen. Die Banken belügen die Politik, indem sie sagen, eine Erhöhung der Eigenkapitalquoten bringe die Finanzindustrie an den Rand des Kollapses. Die Nahrungsmittelkonzerne wissen genau, welche schädlichen Auswirkungen der Zuckerkonsum hat, und trotzdem überschwemmen sie die Schwellenländer mit Produkten, die zu einer Epidemie von Diabetes und Übergewicht führen. Und die Digitalkonzerne hebeln über die sozialen Netzwerke bewusst einen wichtigen Kontrollmechanismus der Demokratie aus: nämlich Sie, die Medien. Es ist zynisch, zu sagen, der Verbraucher sei selbst schuld.

**SPIEGEL:** Unterschätzen Sie die Bürger nicht, wenn Sie sie für unmündig erklären?

**Bode:** Meine Kritik ist grundsätzlicher. Gesundheit, Klima, Demokratie und die Stabilität des Finanzwesens sind Gemeingüter, sie müssen durch gemeinschaftliche Entscheidungen gesichert werden. Das geschieht aber nicht mehr. Warum? Auf der einen Seite sind die Unternehmen größer, reicher, mächtiger geworden und können sich praktisch alles und jeden kaufen. Diese Entwicklung hat sich etwa seit Ende der Systemkonkurrenz in den späten Achtzigerjahren verschärft. Auf der Regierungs- und Regulierungsebene gab es keinen ver-

gleichbaren Machtzuwachs.

**SPIEGEL:** Sind Konzerne wirklich mächtiger als früher? IBM hat einst den Markt für Großcomputer beherrscht, Microsoft dominierte bei den Betriebssystemen, AT&T die Telefonie. All diese Firmen haben ihre Macht weitgehend eingebüßt.

**Bode:** Das mag sein, aber grosso modo sind die Konzerne heute sehr viel mächtiger als früher. Die Marktkonzentration ist in fast allen Branchen höher. So beherrschen drei Konzerne 60 Prozent des Marktes für Saatgut und Agrarchemikalien. Google hat mehr als 80 Prozent Marktanteil bei mobilen Betriebssystemen. Hinzu kommt die größere finanzielle Macht, die Unternehmensgewinne sind in den Industrienationen geradezu explodiert.

**SPIEGEL:** Und Sie meinen, die Konzerne missbrauchen diese Macht systematisch?

**Bode:** Die neuen Superstarfirmen kaufen Konkurrenten vom Markt, sie kaufen sich Politiker als Berater, sie kaufen sich Anwaltskanzleien, die Prozesse gegen Regierungen führen können, sie fügen Investitionsgerichte in internationale Handelsverträge ein, vor denen sie nur noch gewinnen können, und betreiben systematisch Steuervermeidung; sie kaufen sich Universitäten und Wissenschaftler. Wo gab es das schon einmal, dass ein Konzern wie die Schwarz-Gruppe auf einen Schlag 20 Lehrstühle finanziert?

**SPIEGEL:** Das haben früher schon die Rockefellers gemacht. So ist das System amerikanischer Eliteuniversitäten entstanden: durch private Stiftungen reicher Menschen und Konzerne. Und Superfirmen gab es schon zu Beginn des

vergangenen Jahrhunderts, wie United Fruit, Konzerne, die ganze Länder und Kontinente beherrschten. Auch deren Macht ist am Ende zerbrochen. Aber Sie scheinen kein Vertrauen in den Wettbewerb zu haben.

**Bode:** Die Marktkräfte werden die Probleme, die ich beschreibe, nicht lösen. Dennoch bin ich ein Anhänger der sozialen Marktwirtschaft. Nach einem Systemwechsel zu rufen ist Quatsch. Vielmehr müssen wir uns auf wesentliche Kernprinzipien der sozialen Marktwirtschaft besinnen, die diesen Namen verdient.

**SPIEGEL:** Zum Beispiel?

**Bode:** Vor allem müssen die Konzerne für Schäden haften, die ihre Geschäftsmodelle anrichten. Vor der Übernahme von Monsanto durch Bayer haben die Kartellbehörden untersucht, ob in Hunderten einzelner Produktmärkte der Preiswettbewerb noch funktioniert, aber nicht das große Ganze. Auch die Angebotsstruktur und die politische Macht der Konzerne müssen ein Thema der Wettbewerbspolitik sein.

**SPIEGEL:** Den Fall Bayer/Monsanto könnte man auch als Beispiel anführen, dass die Kontrollmechanismen noch immer funktionieren. Die Übernahme ist nur mit harten Auflagen genehmigt worden. Außerdem gab es gerade eine Gerichtsentscheidung, die einem möglicherweise Glyphosat-Geschädigten hohen Schadensersatz zugesprochen hat (siehe Seite 65). Die Reputation von Bayer leidet, der Aktienkurs ist drastisch gefallen.

**Bode:** Das sind nur oberflächliche Korrekturen. Die Marktkonzentration geht ja weiter. Alle Agrarkonzerne verfolgen dasselbe Modell von Landwirtschaft. Es schreibt Produktstandards und Verfahren fest, die ernährungspolitisch und ökologisch fatal sind. Auch hat Monsanto die Gefährlichkeit des Unkrautvernichtungsmittels Round Up verharmlost und vertuscht. Was die Kartellpolitik dem entgegensetzen kann, reicht hinten und vorn nicht.

**SPIEGEL:** Über die Wirkungen von Glyphosat kann man streiten, es gibt Studien, die das Mittel für krebserregend halten, und andere, die das bestreiten.

**Bode:** Der Punkt ist ein anderer: Die Menschheit hatte sich 1992 bei der Umweltkonferenz von Rio auf ein paar Grundprinzipien geeinigt. Eines der wichtigsten war das Vorsorgeprinzip: Wenn wissenschaftliche Unsicherheit über gravierende Gefahren eines Pro-

dukts, einer Innovation besteht, dann lässt man die Finger davon. Das eklatanteste Beispiel dafür, wie sehr die Menschheit bei der Beachtung des Vorsorgeprinzips versagt hat, ist der Klimawandel. Glyphosat ist ein anderes. Aus der Sicht der Konzerne ist es sinnvoll, das Vorsorgeprinzip auszuhebeln, denn Vorsorge privatisiert die Verluste. Nachsorge bedeutet, dass wir alle für die Klimakrise zahlen. Eigentlich müssten sich die Konzerne entschuldigen und sagen, wir haben uns an der Gesellschaft versündigt.

**SPIEGEL:** Da werden die Konzerne sagen, wir haben in erster Linie im Interesse unserer Eigentümer zu handeln.

**Bode:** Da haben Sie recht. Vorstände werden dafür bezahlt, ein Geschäftsmodell zu betreiben, das die Gesellschaft schädigt, aber die Aktionäre begünstigt. Was aber nicht geht, ist, dass die Öffentlichkeit über schädliche Folgen getäuscht wird. Das schreit nach staatlicher Regulierung. Aber solange sich politische und Konzerninteressen durch den Drehtürmechanismus vermischen, wird sich das nicht ändern.

**SPIEGEL:** Was meinen Sie mit Drehtürmechanismus?

**Bode:** Der Anteil der Kongressabgeordneten in den USA, die nach ihrer politischen Tätigkeit in Lobbyfunktionen gewechselt sind, ist von 8 Prozent in den Achtzigerjahren auf rund 50 Prozent gestiegen. Bei den EU-Kommissaren ist der Anteil sogar noch höher. Umgekehrt wechseln Wirtschaftsvertreter an Schlüsselstellen der Politik. In Deutschland ist der ehemalige Co-Chef von Goldman Sachs, Jörg Kukies, als Staatssekretär ins Finanzministerium gegangen. Erwarten Sie sich dadurch eine bessere Finanzmarktregulierung? Ich nicht. Es gibt eine Verschmelzung der Interessen von Politik und Unternehmen, die dem Gemeinwohl zuwiderläuft.

**SPIEGEL:** Sie gehen also davon aus, dass nahezu alle Wissenschaftler und Politiker käuflich sind? Das klingt nach Verschwörungstheorie.

**Bode:** Nein, das ist zu simpel. Es ist nicht so, dass mafiöse Konzerne auf den total korrupten Staat treffen. Es geht darum, dass die Politiker ein Interesse haben, an die Macht zu kommen und dort zu bleiben. Deshalb tun sie alles, um sich mit der mächtigsten Gruppe in der Gesellschaft nicht zu überwerfen. Die Konzerne haben ein Interesse daran, dass man sie machen lässt. Wenn man sie machen lässt, bieten sie Politikern

gute Posten an. Es gibt also eine Art Zweckgemeinschaft. Die Autoindustrie ist ein grandioses Beispiel.

**SPIEGEL:** Aber gewählt werden die Politiker nicht durch die Konzerne, sondern von den Bürgern.

**Bode:** Formal existiert das Wahlrecht noch. Aber es hat nicht mehr den Einfluss, um Regierungshandeln effektiv zu bestimmen. Der massive Einfluss der Konzerne entwertet das Wahlrecht. Die Demokratie wird zur Hülle.

**SPIEGEL:** Sie sagen also: Die unmündigen Bürger sehen nicht, was tatsächlich gespielt wird, und die Politik handelt gegen das Interesse ihrer Wähler, damit die Konzerne sie an der Macht lassen.

**Bode:** Sie stellen das sehr schön pointiert dar. Aber es trifft nicht das, was ich beschreibe. Die Globalisierung hat die Macht der Konzerne gestärkt. Die Staaten stehen im Wettbewerb um die Konzerne. Auf der anderen Seite ist die Regulierungskraft der Staaten nicht mitgewachsen. Der europäische Binnenmarkt wird von Konzerninteressen getrieben, da können Sie lange nach Demokratie, Menschen- oder Verbraucherrechten suchen.

**SPIEGEL:** Die EU hat gegen Google und Microsoft hohe Strafen ausgesprochen, gegen Amazon läuft ein Verfahren. Es wird also gegen die Konzerne vorgegangen.

**Bode:** Da geht es um Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht. Die Bußgelder, obwohl in Milliardenhöhe, zahlen diese Unternehmen aus der Portokasse. Ein Klacks im Vergleich zu den Steuern, die sie nicht zahlen. Entscheidend ist doch: Die Digitalkonzerne bestimmen über Klicks und Algorithmen, welche Nachrichten, welche Wahrheiten und Unwahrheiten verbreitet werden. Das ist eine Bedrohung der Demokratie. Das bekommt man nicht über das Kartellrecht in den Griff.

**SPIEGEL:** Sie beschreiben nur die eine Seite. Die andere ist, dass die sozialen Medien für viele demokratische Bewegungen weltweit eine wichtige Plattform sind. Weil sie eine Gegenöffentlichkeit abseits staatlicher Propaganda ermöglichen. Die Nutzer, nicht die Politik, haben Facebook oder Google groß gemacht.

**Bode:** Das Internet ist eine fantastische Erfindung. Aber jetzt missbrauchen diese Konzerne die Macht, die ihnen die Nutzer verliehen haben.

**SPIEGEL:** Welche Folgen hat das?

**Bode:** Wenn die Leute das Gefühl

haben, dass sie in der Demokratie nichts mehr zu melden haben, kommen die Populisten nach vorn. Dann gerät die Demokratie in Gefahr.

**SPIEGEL:** Sind Politiker wie Donald Trump und der Aufstieg der Autokraten ein Reflex auf das, was Sie beschreiben?

**Bode:** Das kann ich nicht beurteilen. Ich beobachte jedoch einen wachsenden Frust bei den Menschen. Es gibt genügend Dinge, die man sofort regeln könnte, etwa die prekären Arbeitsverhältnisse der Digitalkonzerne. Man kann gegen Steuervermeidung vorgehen. Apple ist mittlerweile eine Billion Dollar wert und zahlt trotzdem kaum Steuern. Andererseits können viele Menschen ihre Miete nicht zahlen. Das geht doch nicht, so fährt die Gesellschaft gegen die Wand.

**SPIEGEL:** Und Sie geben dem Affen Zucker. Man könnte sagen, in Ihrem Buch bedienen Sie den Populismus genauso, bis hin zum Titel »Diktatur der Konzerne«.

**Bode:** Das sehe ich nicht so. Ich will auf das Problem aufmerksam machen. Wir brauchen grundlegende Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen. In

der Justiz sollten die Konzerne dem Völkerrecht unterworfen werden. Sie müssen haftbar gemacht werden, wenn sie Menschenrechte verletzen. Zudem brauchen wir dringend ein Unternehmensstrafrecht, damit man nicht nachweisen muss, dass ein Herr Winterkorn persönlich die Abschaltsoftware bei VW angeordnet hat, sondern eines, das Unternehmen zivil- und strafrechtlich haftbar machen kann.

**SPIEGEL:** In den USA gibt es ein Unternehmensstrafrecht. Haben die USA dadurch »bessere« Konzerne?

**Bode:** Nicht bessere Konzerne, aber effektivere Strafen bei Rechtsbrüchen und dadurch eine wirksame Abschreckung. Es ist anachronistisch, wie die Konzernlobby zu sagen, Unternehmen könnten nicht schuldhaft handeln. Natürlich können sie das, schauen Sie sich VW an.

**SPIEGEL:** Wie kommt es zu solchen Reformen, wenn doch aus Ihrer Sicht die Konzerne das Sagen haben?

**Bode:** Das passiert nur, wenn die Menschen sich wehren. Große Veränderungen sind immer aus der Bevölkerung gekommen. Mit Protesten wurde das

Freihandelsabkommen TTIP abgewendet. Die Umweltbewegung wurde nicht durch die Politik ins Leben gerufen. Es geht auch nicht um einen schlanken oder fetten Staat. Wir brauchen engagierte Bürger und einen starken Staat.

**SPIEGEL:** Wie soll der aussehen?

**Bode:** Ich möchte keine Blaupausen von Lösungen präsentieren, sondern erst einmal ein Bewusstsein für das Problem schaffen. Ich hoffe, dass daraus eine neue Diskussion entsteht, wie wir uns die Demokratie vorstellen. Aber es ist unsere einzige Hoffnung. Sonst könnte das 21. Jahrhundert als die Epoche in die Geschichte eingehen, in der die Konzernherrschaft die Volksherrschaft abgelöst hat.

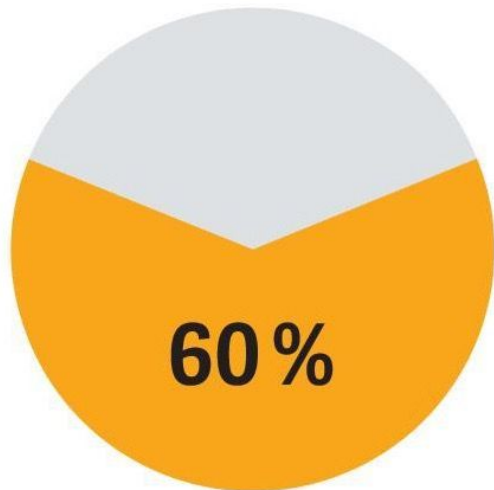
**SPIEGEL:** Herr Bode, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

\* **Thilo Bode:** »Die Diktatur der Konzerne – Wie globale Unternehmen uns schaden und die Demokratie zerstören«. *S. Fischer; 240 Seiten; 18 Euro. Erscheint am 22. August.*

\* Mit den Redakteuren Martin Hesse und Markus Dettmer im Berliner Foodwatch-Büro.

## Drei Konzerne

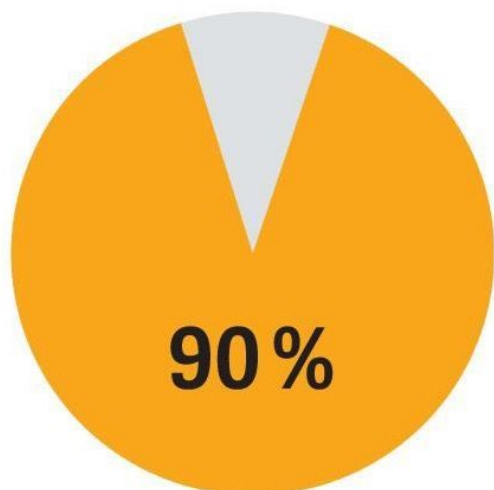
dominieren den  
Saatgutmarkt.



Bayer-Monsanto  
ChemChina-Syngenta  
DowDuPont

## Ein Konzern

beherrscht den  
Suchmaschinenmarkt.



Google

**Abbildung:** Foodwatch-Gründer Bode: »An der Gesellschaft versündigt«  
**Fotonachweis:** HC PLAMBECK / DER SPIEGEL  
**Abbildung:** Apple Store in New York: »Bußgelder aus der Portokasse«  
**Fotonachweis:** LUCAS JACKSON / REUTERS  
**Abbildung:** Bode (r.) beim SPIEGEL-Gespräch(\*) »Die Demokratie wird zur Hülle«  
**Fotonachweis:** HC PLAMBECK / DER SPIEGEL  
**Abbildung:** Wer regiert die Welt, Herr Bode? Thilo Bode hat eine Mission: Der frühere Finanzberater und Ex-Greenpeace-Chef kämpft für gesunde Lebensmittel und seziert seit Jahren die Strategien der Industrie. Im Video erklärt er, warum die Macht der Konzerne aus seiner Sicht so groß geworden ist – und was eine Lösung sein könnte.  
**Fotonachweis:** THOMAS GRABKA / DER SPIEGEL  
**Abbildung:** Foodwatch-Gründer Bode: »An der Gesellschaft versündigt«  
**Fotonachweis:** HC PLAMBECK / DER SPIEGEL  
**Abbildung:** Wer regiert die Welt, Herr Bode? Thilo Bode hat eine Mission: Der frühere Finanzberater und Ex-Greenpeace-Chef kämpft für gesunde Lebensmittel und seziert seit Jahren die Strategien der Industrie. Im Video erklärt er, warum die Macht der Konzerne aus seiner Sicht so groß geworden ist – und was eine Lösung sein könnte.  
**Fotonachweis:** THOMAS GRABKA / DER SPIEGEL  
**Abbildung:** Apple Store in New York: »Bußgelder aus der Portokasse«  
**Fotonachweis:** LUCAS JACKSON / REUTERS  
**Abbildung:** Bode (r.) beim SPIEGEL-Gespräch(\*) »Die Demokratie wird zur Hülle«  
**Fotonachweis:** HC PLAMBECK / DER SPIEGEL  
**Wörter:** 2122